

Aktivitäten von Nazis Grenzen setzen – Rechtsrock-Veranstaltungen konsequent entgegnetreten

Beschluss des Landesparteirats BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

28.04.2018 in Neudietendorf

Im Juni 2017 fand in der südthüringischen Kleinstadt Themar im Landkreis Hildburghausen das größte europäische Rechtsrock-Event mit ca. 6.000 Teilnehmer*innen z.T. aus unterschiedlichen Ländern statt. Themar wehrte sich mit einem beeindruckend bunten und breit gefächerten Bürgerprotest gegen die rechten Aktivitäten. Aber letztlich standen tausenden Rechtsrockbesucher*innen zu wenige engagierte Gegendemonstrant*innen und deutlich zu wenige Polizist*innen gegenüber. Straftaten, wie das Zeigen des Hitlergrußes, konnten durch die Polizei nicht umfassend geahndet werden. Behördliche Auflagen wurden ohne nennenswerte Konsequenzen für die Veranstalter nicht eingehalten.

Für Juni 2018 wurde nun eine ähnlich gelagerte zweitägige Veranstaltung für mehrere Tausend Teilnehmer*innen angemeldet und vom Landkreis wegen naturschutzfachlicher Bedenken verboten. Die Anmeldenden haben mit einem Eilantrag dagegen einen Einspruch eingelegt. Ob dieser Einspruch möglicherweise auch erfolgreich ist, lässt sich derzeit nicht abschätzen. Die behördlichen Versäumnisse des Jahres 2017 dürfen sich auf jeden Fall nicht wiederholen. Denn das gesamte Problem rings um Rechtsrock-Veranstaltungen in Thüringen ist größer:

Seit Jahren organisiert sich eine diverse extrem rechte Szene in Thüringen und baut ihre Strukturen aus, verfestigt sie und hat sich zunehmend professionalisiert. Thüringen hat sich zum Bundesland mit den meisten Rechtsrock-Veranstaltungen unter freiem Himmel, oft als politische Versammlungen angemeldet, entwickelt. Einzelpersonen der neonazistischen Szene Thüringens, aber oft auch offen rassistische und neonazistische Vereinigungen, mobilisieren immer wieder mehrere Tausend Neonazis zu Veranstaltungen vornehmlich in Thüringische Mittel- und Kleinstädte im ländlichen Raum. Hier hat sich über Jahre eine extrem Rechte Infrastruktur aufgebaut, die befördert wird Dank zahlreicher Immobilien, die sich in der Hand von Neonazis befinden oder überwiegend von ihnen genutzt werden. Exemplarisch sind hier die sog. „Erlebnisscheune in Kirchheim“ oder der „Goldene Löwe“ in Kloster Veßra zu nennen. Insgesamt gehen wir im Jahr 2017 von mindestens 15 Immobilien aus, die sich in extrem Rechten Händen befinden. Das ist eine Zunahme um mindestens 6 Immobilien im Vergleich zum Jahr 2013 (Zählung von MOBIT e.V.).

Die Immobilien bieten für die extrem rechte Szene in Thüringen die geschützte Möglichkeit ihre politische und ideologische Arbeit zu organisieren, sie sind Treffpunkt und Rückzugsort für verschiedene neonazistische Organisationen. Des Weiteren sind die rechten Veranstalter*innen und Immobilienbesitzer*innen oftmals seit Jahren und Jahrzehnten aktiv im neonazistischen Spektrum, haben sich professionalisiert und betreiben neben Gaststätten auch Versandhandel, Labels, Tonstudios oder Verlage. Damit sind sie in der Lage, ihre politische Arbeit hauptamtlich auszuüben und verfügen auch über nicht zu unterschätzende Einnahmen.

Welche Rolle dabei unter anderem das Blood and Honour- Netzwerk spielt und spielte, beschäftigt unter anderem den Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss. Die unmittelbaren Verbindungen zwischen dem Netzwerk und den Rechtsterrorist*innen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe sind hier gravierend. Einige der Protagonist*innen des Netzwerkes sind bis heute aktiv. Insbesondere bei den Rechtsrockgroßevents in Themar 2017 und in Ostritz am 20. und 21. April 2018 waren immer wieder Verweise und Hinweise auf das Netzwerk und seinen militanten Arm (Combat 18) zu sehen, sowohl mit Statements auf T-Shirts als auch durch die Teilnahme bestimmter Bands und Musiker. Wir beobachten hier ein Erstarren des Netzwerkes, das nicht nur deutschlandweit sondern europaweit vernetzt ist und keinen Hehl daraus macht, mit Gewalt und Terror seine neonazistische Ideologie durchzusetzen.

Die Zahl der Rechtsrockveranstaltungen und ihrer Teilnehmer*innen sind steigend. Während 2015 etwa 1.850 Teilnehmer*innen Rechtsrock-Veranstaltungen in Thüringen besuchten, stieg die Teilnehmer*innenzahl 2017 auf 9.400 an. Allein an dem Rechtsrock-Event in Themar „Rock gegen Überfremdung II“ nahmen ca. 6.000 Teilnehmer*innen aus unterschiedlichen Ländern teil.

Grundsätzlich müssen wir konstatieren, dass insbesondere in den ländlichen Gebieten Thüringens, aber bspw. auch in einer Stadt wie Gera, Neonazis weitgehend unbehelligt Rechtsrockevents durchführen können, ohne das größere Gegenwehr von Seiten der Behörden zu erkennen ist. Wir müssen weiterhin feststellen, dass dort, wo Ordnungsbehörden ihrer Pflicht zur Prüfung der Versammlungen nicht ausreichend nachkommen, Neonazis immer wieder Veranstaltungen durchführen können.

Unabhängig davon, ob ein weiteres Rechtsrockevent in Themar nun stattfindet oder nicht, ist Fakt, dass auch weiterhin Rechtsrockveranstaltungen mehrere tausend extrem Rechte nach Thüringen ziehen werden.

Der Eintritt von Rechtsrock-Veranstaltungen wird durch den Vorverkauf und am Eingang zum Festivalgelände teilweise mit als „Spende“ deklarierten Eintrittsgeldern geregelt. Auch mit dem Verkauf von Tonträgern, Merchandising-Produkten oder Getränken machen die Veranstalter bei tausenden Teilnehmer*innen zum Teil erhebliche Umsätze. Diese müssen selbstverständlich voll versteuert werden. Rechtsrock-Festivals dürfen keine lohnenden Geschäftsmodelle unter dem Schutz des Versammlungsrechtes für die

extrem rechte Szene sein. Lassen wir das weiterhin zu, sehen wir den Schutz des Versammlungsrechtes gefährdet.

Wir meinen: Thüringen darf kein Wohlfühlort für rechte Großveranstaltungen und Akteur*innen der extrem rechten Szene sein! Mit menschenverachtenden Parolen und gewaltbereiten Neonazis dürfen der zivilgesellschaftliche Protest und die Einwohner*innen vor Ort, egal wo, nicht allein gelassen werden.

Der Landesparteirat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Thüringen unterstützt deshalb, dass:

- jede Versammlung von der Ordnungsbehörde nach ihrem Gesamtgepräge überprüft wird, um den Schutz des Versammlungsrechtes zu wahren. Ziel ist nicht ein Verbot einer Versammlung, sondern die Unterscheidung zwischen Versammlung und Vergnügung. Das halten wir für essentiell, um das Versammlungsrecht nicht auszuhöhlen und zu schützen.
- die zuständigen Finanzbehörden konsequent prüfen, inwieweit finanzielle Umsätze durch die extrem rechten Veranstaltungen erwirtschaftet wurden und sicherzustellen, dass diese entsprechend besteuert werden.
- Ordnungsbehörden auf entsprechenden Veranstaltungen präsent sind und nicht nur die Einhaltung von Auflagen überprüfen, sondern das Gesamtgepräge der Veranstaltung bewerten, um gegebenenfalls eine Versammlung zu untersagen.
- im Rahmen rechtsextremer Versammlungen begangene Rechtsbrüche, wie sie häufig bei Rechtsrock-Konzerten geschehen, nicht hinzunehmen sind und strafrechtlich konsequent verfolgt werden. Die polizeilichen Einsatzkräfte bei Rechtsrockkonzerten müssen in einer ausreichenden und handlungsfähigen Stärke vorhanden sein, so dass bei strafrechtlich relevanten Handlungen und Verstößen sowie Verstößen gegen die behördlichen Auflagen konsequent vorgegangen werden kann. In letzter Konsequenz muss das auch die sofortige Auflösung der Versammlung bedeuten können.
- es ausreichend geschultes Personal bei der Polizei gibt, das in der Lage ist, Gruppierungen der extrem Rechten, Einzelpersonen und neonazistische Symbole sowie indizierte Lieder zu erkennen zu analysieren und gegebenenfalls deren Teilnahme und Verwendung zu unterbinden.
- der Schutz am Veranstaltungsort und in den Anfahrtswegen für Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Gegenprotestes und weiterer Personengruppen wie Migrant*innen, politischen Gegner*innen, Journalist*innen und Konzertbeobachter*innen sichergestellt wird.

- die Verantwortlichen in der Landes- und Kommunalpolitik klar Position beziehen und vor Ort Gesicht zu zeigen. Das Verschweigen neonazistischer Aktivitäten ist aus unserer Sicht keine Option. Dadurch verschwinden weder die Nazis noch findet damit eine angemessene und notwendige Auseinandersetzung statt. Wir fordern alle Demokrat*innen dazu auf, sich über Parteigrenzen hinweg gegen Neonazis und Rassismus zu engagieren.
- die engagierten Menschen in Thüringen, die sich Neonazis und ihren Aktivitäten klar entgegenstellen, unterstützt werden. Überall dort, wo sie Unterstützung und Anerkennung für ihr Engagement erfahren, wird Neonazis der Boden entzogen. Menschen, die sich gegen Rechts, Rassismus und Menschenverachtung engagieren, verdienen daher unsere Wertschätzung, Stärkung und Anerkennung, sie dürfen weder stigmatisiert noch als Gegner*innen betrachtet werden.
- die Expertisen von Vereinen und Institutionen wie MOBIT e.V., ezra oder dem IDZ in Thüringen, die bislang nur unzureichend in die Bewertungen und Einschätzungen von Neonazistischen Aktivitäten vor Ort einfließen, durch alle Zuständigen ernst- und wahrgenommen werden.
- die Bekämpfung von Rechtsrockevents nur ein kleiner Teil des Engagements gegen neonazistische Strukturen sein kann. Grundlage und Ausgangspunkt sind rechte Immobilien und Protagonist*innen der extremen Rechten in Thüringen. Ziel muss es sein, die diverse und erstarkende Neonaziszene in Thüringen zu schwächen und ihr deutlich zu machen, dass wir ihr keinen Raum bieten. Das liegt sowohl in der Verantwortung der Zivilgesellschaft als auch der staatlich Verantwortlichen.
- möglichst viele Bürger*innen, darunter auch möglichst viele grüne Mitglieder – aus Thüringen, aber auch bundesweit – zu den Gegenprotesten der örtlichen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und der grünen Kreisverbände zu mobilisieren.

Wir Bündnisgrünen sind uns unserer Verantwortung bewusst und werden deshalb alle Aktivitäten unterstützen, um Neonazis, Menschenverachtung und Rassismus auch in Form von Rechtsrockevents keinen Raum zu bieten. Weder in Themar, noch in Kirchheim noch sonst irgendwo.